

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

II/1995

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Prof. Dr. Dieter Senghaas (r.) mit Bürgermeisterin Lioba Meyer und Prof. Bierbrauer nach der Begrüßung im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters

Photo: E. Scholz

Friedensgespräch

13. Dezember 1994

»Die Ordnung des Friedens – ein mehrfaches Komplexprogramm. Das Beispiel Europa«

– Vortrag –

Prof. Dr. Dieter Senghaas

Lehrstuhl für Internationale Politik und Internationale Gesellschaft
Universität Bremen

Warum tut sich die praktische Politik, aber auch die Wissenschaft mit dem Umbruch, den das Jahr 1989/90 für Europa bedeutet, so schwer? Warum wirkt vieles, was getan, aber auch gedacht wird, so wenig perspektivenreich und kleinmütig, nur dem jeweiligen tagespolitischen Durchwursteln verhaftet? Die Antwort auf diese und gleichgelagerte Fragen ist eine zweifache: Der Umbruch in Europa war unvergleichlich tiefgreifend und beendete eine politische Epoche: die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene und vierzig Jahre dauernde Ordnung der Nachkriegszeit. Und die Anforderungen an friedenspolitisch-konzeptuelles Denken und entsprechendes Handeln sind in der Folge dieses Umbruches und angesichts eher verdeckter, säkularer politischer Entwicklungstrends, die nunmehr offenkundig werden, erheblich gewachsen. Friedensdenken und Friedenspolitik gleichen deshalb heute einem mehrfachen Komplexprogramm.

1. Die Tiefe des Umbruchs und die Folgen

Die Spaltung Europas seit dem Ende der vierziger Jahre dieses Jahrhunderts und bis 1989/90 war Ausdruck eines weltpolitischen Konfliktes, der aus vier Komponenten bestand: aus einem ideologischen Systemantagonismus, einem machtpolitischen Konflikt, wie er zwischen »großen Mächten« in aller Regel üblich ist, einem zugespitzten Sicherheitsdilemma und einer pathologisch zugespitzten Rüstungsdynamik. Das Ende des Systemantagonismus zwischen demokratischen Verfassungsstaaten und politischen Regimen mit dem Monopolanspruch einer einzigen Partei bedeutete auch das Ende des machtpolitischen Konfliktes in Europa (und an dritter Stelle, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt), und dieses Ende implizierte auch eine weitgehende Abschwächung des Sicherheitsdilemmas zwischen den europäischen Staaten und demzufolge auch der vierzig Jahre lang aufgeheizten Rüstungsdynamik. Am Rande sei bemerkt: Die alte Konstellation in all ihren Komponenten gibt es heute (1994) nur noch auf der koreanischen Halbinsel, und sollte der Konflikt dort anhalten, so wird man einer nachwachsenden Generation in Europa am koreanischen Beispiel die nunmehr vergangene Konfliktstruktur Europas erläutern können.

Die Tiefe des weltpolitischen Umbruchs zeigt sich im Zusammenbruch dieser vierzig Jahre lang dominanten weltpolitischen Konfliktstruktur und folglich in allen maßgeblichen friedenspolitischen Strategien, die im Hinblick auf diese Konfliktstruktur für relevant gehalten wurden und zu einem erheblichen Teil die politische Praxis motivierten. Einige Illustrationen mögen den sprichwörtlich »umwerfenden« Sachverhalt erläutern:

Die alte Konfliktstruktur wurde korrekt auch als bipolare Abschreckungskonstellation etikettiert. *Abschreckung* in ihren verschiedenen Modalitäten war in gewisser Hinsicht das Signum der Nachkriegszeit. Wie im Europa nach 1815 das »Konzert der Mächte« zur politischen Leitidee wurde, so die Abschreckung nach 1950. In theoretischer und praktischer, apologetischer und kritischer Absicht wurden in und außerhalb von Denkfabriken ganze Bibliotheken über sie verfaßt. Mit dem Umbruch 1989/90 konnten die Abhandlungen über die Vernichtungs- und Kriegführungsabschreckung, über »Eskalationsdominanz« und vergleichbare Konzepte archiviert werden. Auch die Formel »*Abschreckung und Entspannung*« (»Harmel-Formel«) machte nun keinen Sinn mehr, denn ohne Blockkonfrontation wurde auch *Entspannungspolitik* gegenstandslos, da die aus dem ehemaligen Antagonismus und der Konfrontation einst entstandenen Spannungen ausblieben.

Auch das Konzept »*systemöffnender Kooperation*« hatte keinen Bezugspunkt mehr, nachdem die geschlossenen Systeme des Ostens sich in pluralistisch-offene geöffnet hat-

ten und – paradoxerweise – gerade diese Öffnung und ihre Folgen (wie z. B. Migrationschübe) neue Ängste provozierten.

Auch die alte *KSZE-Philosophie* griff nicht mehr, nachdem es nicht mehr darum gehen konnte, einen ordnungspolitischen Grundkonflikt zu mäßigen und in verschiedenen Teilbereichen (drei Körbe) kleinzuarbeiten. Selbst das Konzept der »gemeinsamen Sicherheit«, so wie es einst formuliert wurde (Palme-Kommission), bedurfte, wollte man an ihm festhalten, einer erneuten Begründung, denn auch diese friedenspolitische Programmatik ging von einem Grundkonflikt aus, um dann zu fragen, wie trotz allem eine vernünftige Sicherheitspolitik betrieben werden könnte. »Friedliche Koexistenz« war die Devise sowjetischer Politik, und dieses Konzept wurde, weniger in der Theorie, so doch in der Praxis, von allen maßgeblichen Staaten übernommen, da es zu friedlicher Koexistenz keine praktische Alternative gab. Dieses Konzept ging von der Existenz antagonistischer Systeme aus, und es brach zusammen, als der Antagonismus selbst zusammenbrach. Auch die Vorstellungen eines »Disengagements«, der Neutralität zwischen den Blöcken und der Bewegung der *Blockfreiheit* in Europa (aber auch außerhalb davon) waren in die Konstellation eines weltpolitischen Antagonismus eingebunden. Diese Konzepte verloren ihren bisherigen Stellenwert, wie Debatten in den neutralen und blockungebundenen Ländern Europas über eine neue »Sinnstiftung« von Außenpolitik noch vier Jahre nach dem Umbruch dokumentieren.

Punktuell formulierte Großkonzepte wie dasjenige der *Konvergenz*, der *Kommutation* und der *Koevolution* gingen selbstverständlich von der konfrontativen Ausgangslage aus, um eine Perspektive darüber zu entwickeln, wie eine konflikt- und potentiell kriegsträchtige Konstellation grundlegend zu überwinden sei.

Wieviel wurde in den zwanzig Jahren vor dem Umbruch über Sinn oder Unsinn *atomwaffenfreier* und/oder *panzerfreier* Zonen in Europa gestritten! Eine ganze Denkschule entstand über sog. *Defensivkonzepte*. Zonenkonzepte waren aber nur von Bedeutung, solange es eine hautnahe zugespitzte Konfrontation entlang einer »Zonengrenze« gegeben hatte.

Auch die Prämissen der »sozialen Verteidigung« wurden erschüttert, und die subtilen, vor allem sozialpsychologischen Überlegungen des sog. *Unilateralismus*, *Gradualismus* und der »risikofreien Induktion« hatten nunmehr, mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, keinen Bezugspunkt mehr, denn die maßgeblichen politischen Akteure bedurften nicht mehr eines *Graduated Reciprocation In Tension Reduction* (GRIT), denn sie bewegten sich ganz ungezwungen-»entspannt« auf dem diplomatischen Parkett, um die Nachkriegsordnung abzuwickeln und eine Neuordnung zu konzipieren (beispielsweise in Gestalt der »Charta von Paris« der neuen KSZE).

Diese abrupte Aufräumaktion durch die Weltgeschichte ist wahrscheinlich in ihrer Gründlichkeit und Geschwindigkeit historisch ohne Beispiel: Die genannten Konzepte, zugespitzt in einer zugespitzten Konfliktstruktur, sind irrelevant geworden, was nicht heißt, daß sie nicht in mäßigeren und kleinkarierten Konfliktkonstellationen, in denen es immer Momente von Abschreckung und Entspannung, von systemöffnender Kooperation usf. gibt, von punktueller und partieller Bedeutung sein können. Auch ist die Übertragbarkeit mancher Konzepte, wie z. B. dasjenige der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) auf andere, vor allem ethno-politische Konfliktlagen, noch gar nicht entdeckt.

Die konzeptuellen Überbelichtungen während der Abschreckungskonstellation hatten natürlich Unterbelichtungen hinsichtlich von friedenspolitischen Konzepten zur Folge, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes plötzlich von grundsätzlicher, aber auch praktisch-politischer Relevanz wurden. Daß diese Konzepte vor 1989/90 nicht ange-

messen breit und tief thematisiert wurden, ist verständlich, weil sie konstellationsbedingt im Umfeld praktischer Politik und in dieser selbst keine Wurzeln schlagen konnten. Zu denken ist in diesem Zusammenhang an das Konzept der *Abrüstung*, für das es seit den frühen 60er Jahren keine systematische Forschung mehr gegeben hatte. Die Abschreckungskonstellation erlaubte bestenfalls eine die Rüstungsdynamik mäßigende, oft aber auch diese nur umpolende *Rüstungskontrolle*. Die einzige wirkliche Abrüstungsmaßnahme vor 1989/90, das Abkommen über die Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa, war nicht Teil eines Abrüstungskonzeptes, denn ein solches hätte die umfassende Skizzierung einer friedenszutraglichen Sicherheitsstruktur in Europa im Hinblick auf die Dislozierung von Potentialen und Mannschaften, von Inspektion und Verifikation zur Voraussetzung gehabt.

Wollte man verhindern, daß mit dem Umbruch 1989/90 jeder der europäischen Staaten für sich selbst seine eigene Sicherheitspolitik definiert, woraus wildwüchsige sicherheitspolitische Renationalisierungstendenzen erwachsen können und damit Trends in Richtung auf Allianzen und Gegenallianzen und eine Gleichgewichtspolitik alter Art, mußte man friedenspolitische Planungen in Richtung auf das Konzept *Kollektiver Sicherheit* ausrichten. Aber dieses Konzept wurde vor 1989/90 nur in akademischen Kreisen diskutiert und selbst dort nur, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, flüchtig und allermeist fundamental-kritisch. Das Konzept selbst hat mehrere Komponenten: die präventive Diplomatie und Konfliktophylaxe, die Medien der friedlichen Streitbeilegung, die Vorkehrungen über Zwangsmaßnahmen friedlicher, polizeilicher und militärischer Art im Falle von Aggression: Alle diese Dimensionen waren nunmehr gefragt. Außer den meist etwas politikfernen Beiträgen des Völkerrechts war eine abfragbare, gleichermaßen erfahrungswissenschaftlich wie praktisch-politisch relevante Expertise nicht verfügbar. Die derzeitige mühselige Debatte über »humanitäre Intervention« ist ein deutliches Indiz hierfür.

Andere Expertisen waren von potentieller Relevanz, aber wenig auf den neuen Sachverhalt ausgerichtet, z. B. die Debatte über die Herausbildung »*internationaler Regime*«, also von Regelwerken, die im Spektrum von Staatenanarchie einerseits und relativ integrierten Staatenverbänden (wie beispielsweise der EU) andererseits angesiedelt sind. Die sog. Regime-Diskussion hatte ihren Ursprung im Hinblick auf die Herausbildung von Regelwerken über internationale »Gemeingüter« (commons) wie Weltraum, offene Meere, Klima, Antarktis usw. Und ihr zweiter Ursprung, die Herausbildung von weltwirtschaftlichen Regimen (wie das Welthandels- und das Weltwährungssystem), gab in den 70er und 80er Jahren der Regimedebatte einen großen Aufschwung, weil die in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstandenen Regime durch den »Hegemonieverlust« der USA an Funktionskraft verloren hatten und es nunmehr um die Frage ging, welche Zukunft solche weltwirtschaftlichen Regelwerke nach dem Ende amerikanischer Hegemonie haben würden. Die Regimebildungsdebatte im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt stand erst am Anfang und war natürlich 1989/90 mit der Problematik konfrontiert, daß mit dem Wegbruch des Kerns des Ost-West-Konfliktes, also des Systemantagonismus, auch der in Europa springende Punkt für Regimebildungsprozesse – die Einhegung und Fraktionierung des Konfliktes mit Hilfe von internationalen Regimen in den Dimensionen Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft – an politischer Virulenz und Dramatik verloren hatte. Der beste Beleg für diesen Sachverhalt ist die relative Ruhe in der Debatte über Regimebildungsprozesse in den gesamteuropäischen Beziehungen nach 1990/91. Soweit sie stattfinden, haben sie nichts mehr Aufregendes an sich; sie sind, wie nicht anders zu erwarten, nunmehr Ausdruck von politischer Routine.

Konfliktbearbeitungsforschung (*conflict resolution*) folgte selbst in ihren kühnsten Projekten niemals der Illusion, man könne mit Hilfe von gängigen Instrumentarien der

Konfliktbearbeitung (gute Dienste, Vermittlung, Schlichtung, *facilitation*), den großen weltpolitischen Makrokonflikt »lösen«. Aber mit dem Ende dieses großen Konfliktes und mit dem nachfolgenden »Aufblühen« vieler kleiner und häßlicher Konflikte war plötzlich die aus solcher Forschung resultierende Expertise gefragt – eine Expertise, die, anders als in angelsächsischen Ländern, auf dem europäischen Kontinent niemals wirklich breit Wurzeln schlagen konnte. Erst neuerdings ändert sich hier die Lage.

Der entscheidende Punkt war also, daß nicht nur die Politik (wie vielfach beobachtet und beklagt), sondern auch die Wissenschaft am »Morgen danach«, geistig und affektiv immer noch an die alte Konstellation angenabelt, relativ nackt dastand: unvorbereitet und ohne Konzeptionsangebote. Es rächte sich die Fixierung auf das »*si vis pacem, para bellum*«, eine Fixierung, die, wenngleich in kritischer Absicht, auch noch von Abschreckungskritikern geteilt wurde. Die neue Konstellation machte aber ein *para pacem*-Denken erforderlich: *Was macht man, wenn man, um Frieden zu erreichen, den Frieden vorbereitet?* Was hat eine Wissenschaft, wie zum Beispiel die Friedensforschung, in einer Konstellation zu sagen, die mehrere Optionen – politische Evolution oder Regression – in sich birgt und in der es unter friedenspolitischen Gesichtspunkten darum geht, regressive Tendenzen in Richtung auf nationalistische Politik abzuwehren und den Trend in Richtung auf institutionalisierte Kooperation zu befördern?

Die systematischen allgemeinen, also nicht-europaspezifischen Angebote aus der Wissenschaft, auch der Friedensforschung, für die Beantwortung dieser Fragen waren und sind begrenzt, aber es lohnt sich, sich vor allem jener zu erinnern, die sich der Problematik nicht monothematisch, sondern differenziert-konfigurativ annähern, wo also die Komplexität der Aufgabe, die ganz offensichtlich ist, einigermaßen in der Komplexität des Denkens über die Aufgabe wiederzufinden ist (Senghaas 1995).

2. Angebote aus der Wissenschaft

Was hat die Wissenschaft zu sagen über ein Gebilde, das man als »Friedensstruktur« bezeichnen könnte, also eine Struktur dauerhaften Friedens, in der die Wahrscheinlichkeit militant-militärischer Auseinandersetzung über Interessenkonflikte minimiert ist? Was weiß die Wissenschaft über die Voraussetzungen im Hinblick auf die Herausbildung einer solchen Struktur? Und worin liegen die aktuellen Probleme?

2.1. Friedenspolitisches Komplexprogramm I

»Zonen stabilen Friedens«, wie Kenneth Boulding (1978) ein Gebilde verlässlich dauerhaften Friedens bezeichnete, haben wenigstens fünf Strukturmerkmale, die sich relativ einfach kennzeichnen lassen (s. Galtung 1973):

1. *Positive Interdependenz*: Die Beziehungen zwischen den kollektiven Akteuren (heute immer noch den Staaten) muß in den wesentlichen Dimensionen von Ökonomie, Kommunikation und Kontakten eine Größenordnung von hoher *wechselseitiger* Relevanz erreichen, so daß potentiell konfrontatives Verhalten einer Seite nicht nur zur Schädigung der anderen Seite führt, sondern auch zu einer erheblichen Selbstschädigung. Der Sachverhalt läuft auch unter dem Begriff der »positiven Kovarianz« (Deutsch 1979).

Soll eine solche positiv-interdependente Struktur von Dauer sein, ist jedoch ein zweites Merkmal erforderlich:

2. *Annähernde Symmetrie*: Interdependenzen sind höchst unterschiedlich gelagert; sie können symmetrisch, asymmetrisch, konfrontativ und anders ausgestaltet sein (Senghaas 1994b). Für eine Struktur dauerhaften Friedens ist die *symmetrische Interdependenz* von entscheidender Bedeutung, insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Hier ist sie auch einfach zu operationalisieren: Wenn jede Seite über gleiche Kompetenzen in der Produktion und der Vermarktung von Wissen und Waren verfügt und solche Denk- und Warengüter ausgetauscht werden, also *substitutive* Arbeitsteilung vorliegt, besteht Symmetrie. Das pure Gegenteil hierzu wäre eine koloniale Austauschstruktur in der Folge von komplementärer Arbeitsteilung: Wissen und wissensintensive Güter gegen Rohstoffe.

Positive Interdependenz unter symmetrischen Vorzeichen legt ein weiteres Merkmal einer Friedensstruktur nahe:

3. *Homologie*: Der Sachverhalt wurde vor mehr als hundert Jahren zugespitzt von Lorenz von Stein (1921, 428) wie folgt formuliert:

»Erst dann, wenn wirklich neben der Anerkennung seiner selbst als einer selbständigen Macht die Anerkennung und Gültigkeit seiner eigenen Lebensgesetze auch *innerhalb* der anderen Teile des Staatensystems erfolgt ist, kann ein wahrer Friede eintreten. Erst alsdann ist die Bedingung des allgemeinen Friedens, die Gleichartigkeit der allgemeinen sozialen und politischen Zustände, wirklich vorhanden.«

So gesehen war die Lage vor 1989/90 die genau gegenteilige, nämlich eine solche der Unvereinbarkeit der allgemeinen politischen und sozialen Zustände. Homologie bedeutet also *vergleichbare Strukturen*, die auch im Hinblick auf pragmatische Gesichtspunkte von Bedeutung sind. Denn unter den Vorzeichen vergleichbarer Strukturen findet jeder auf der jeweiligen Gegenseite seinen vergleichbaren *counterpart*: der Unternehmer den Unternehmer, der Gewerkschaftler den Gewerkschaftler, der freischaffende Künstler andere freischaffende Künstler usw. Das erleichtert ungewein freizügige Beziehungen. Und was solch vergleichbare Strukturen wirklich bedeuten, kann man sich noch einmal in Rückerinnerung an jene Zeit vor 1989/90 vergegenwärtigen, als nämlich die Unternehmer, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Sportler usw. der einen Seite immer mit Partei- und Staatsfunktionären der anderen Seite zu tun hatten.

Das Merkmal Homologie legt eine weitere, in gewisser Hinsicht damit zusammenhängende Kategorie nahe:

4. *Entropie*: Was ist damit gemeint? Wiederum sei ein Rückgriff auf eine alte Beobachtung erlaubt: 1667 interpretiert Samuel Pufendorf in seiner Abhandlung *De statu imperii Germanici* das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als »irregulare aliquod corpus et monstro simile«, also als ein Gebilde, das sich durch einen Mangel an Hierarchie und Zentralisierung, durch, wie man heute sagen würde, ausgeprägte Subsidiarität, weiterhin durch vielerlei Kompetenzüberlappungen, einen Mangel an institutioneller Synchronisation, kurz: durch »Unordentlichkeit« und eine daraus erforderlich werdende politische Kunst des sich Arrangierens auszeichnete (hierzu Evers 1994). Wenn man so will, war das die Vorwegnahme des Entropie-Gedankens, der heute in den Überlegungen über eine lebensfähige Friedensstruktur von erheblicher Bedeutung ist: die vielfältigen Kreuz- und Querbezüge (das Gegenteil von Gleichschaltung), im grenzüberschreitenden Verkehr die freie Wahl der Partner, das erhebliche Maß an Selbstregulierung ohne zentralistische hierarchisch-abgestufte Vorgaben usw., also wiederum das schiere Gegenteil einer bipolaren systemantagonistischen Abschreckungskonstellation (Galtung 1975).

Natürlich droht in einer solchen lockeren Struktur immer auch ein Umkippen in Chaotisierung, weshalb kluge Autoren heute von der Gefahr eines »nouveau moyen âge« (A. Minc) sprechen. Aber da Friedenstheoretiker, unterstellen wir einmal, kluge Köpfe sind, haben sie natürlich ein fünftes Merkmal einer Struktur dauerhaften Friedens vorgesehen:

5. *Gemeinsame Institutionen*, also ein institutionelles Dach, von dem her, wenngleich in der Vorstellung der Theoretiker eher zurückhaltend und samtpfötig steuernd, regulierend und kontrollierend auf das Gesamtgeschehen eingewirkt wird, so daß die Gefahr der Chaotisierung ohne wirkliche Virulenz ist.

Ohnehin müssen, wie in jedem konfigurativen Denken und in jedem praktischen Komplexprogramm, die genannten Merkmale, obgleich nacheinander aufgezählt, zusammen gedacht werden. Was ist nun die Wirklichkeit in Europa im Hinblick auf dieses Komplexprogramm?

Das Europa der 12 (EU), das Europa des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR = EU plus EFTA) entspricht weitgehend den genannten Kriterien. Diese Teile von Europa zeichnen sich durch hohe Interdependenz (positive Kovarianz), durch symmetrisch-substitutive Arbeitsteilung, homologe Binnenstrukturen, entropisch strukturierte Beziehungen und durch ausreichende gemeinsame Institutionen aus. Im Hinblick auf Gesamteuropa ist die Lage der Dinge hinsichtlich einzelner Kriterien und hinsichtlich ihrer Summe eher problematisch: Der Westen des Kontinents ist für den Osten weit lebenswichtiger als umgekehrt. Die Arbeitsteilung zwischen West und Ost ist weithin noch komplementär und nur in Ausnahmefällen (wie in Tschechien) in ersten Ansätzen substitutiv; homologe Gesellschaftsgebilde sind im Osten erst im Entstehen (die anhaltende Debatte über die mangelnde »Zivilgesellschaft« ist ein Indiz hierfür); Entropie liegt eher im Sinne von Chaotisierung und mafiosen Beziehungen vor; und die gemeinsamen Institutionen, die es gibt, leiden an Kompetenz- und insbesondere an Effizienzschwäche.

Damit stellt sich die Frage, wie man zu Voraussetzungen kommt, die schließlich und endlich der Herausbildung einer Friedensstruktur der genannten Art förderlich wären?

2.2. Friedenspolitisches Komplexprogramm II

Ein zweites friedentheoretisches Angebot aus der Wissenschaft bemüht sich gerade um die analytische Herausarbeitung solcher Voraussetzungen. Man könnte es als das friedenspolitische Komplexprogramm II bezeichnen. Gemeint sind historisch-vergleichende Studien über die Prozesse politischer Vergemeinschaftung bzw. über den Zerfall von politischen Gemeinschaften, was nur die Kehrseite des erstgenannten Prozesses ist, also Studien über Einigungsvorgänge, Integration, Assoziation, Vorgänge der *community-building*, die dann, wenn die förderlichen Faktoren umkippen und zu Sprengsätzen werden, in Desintegration, Verfall/Zusammenbruch, Dissoziation und *community-decay* münden (s. vor allem Deutsch u. a. 1957).

Die harten Erkenntnisse und die weicheren Einsichten weisen im Hinblick auf förderliche Voraussetzungen für Vergemeinschaftungsprozesse auf zehn Punkte:

1. *Vereinbarkeit von hauptsächlichlichen Werten*: Der Sachverhalt ist im Hinblick auf Gesamteuropa einfach und plakativ zu bezeichnen: Der Slogan »Rückkehr nach Europa«, wie er vor und nach 1989/90 in Osteuropa von maßgeblichen Akteuren des Umbruchs (V. Havel u. a.) zu hören war, deutet auf den politischen Willen, die eigenen politischen und Gesellschaftsordnungen an den Errungenschaften des demokratischen

Verfassungsstaates des Westens auszurichten. Der »Schirinowski-Effekt« weist in eine gegenteilige Richtung. Wohin Europa sich insgesamt entwickeln wird, wird ganz wesentlich davon abhängen, auf welche Option seine Gesellschaften sich festlegen werden. Plakativ formuliert: Havel oder Schirinowski. Da Abstufungen innerhalb Europas zu erwarten sind (Ostmitteleuropa wird aller Wahrscheinlichkeit der Havel-Option folgen, beim wirklich östlichen Europa kann man sich da nicht sicher sein), wird das künftige Europa ein von Westen nach Osten und Südosten hin abgestuftes sein.

2. *Erweiterung von grenzüberschreitenden Kommunikations- und Transaktionsvorgängen, die für beide Seiten von Gewicht werden:* Der Sachverhalt wurde oben schon als positiv-symmetrische Interdependenz umschrieben. Im Hinblick auf das östliche Europa bedeutet dies konkret: Wird Osteuropa den »ostasiatischen Weg« der letzten 40 Jahre wiederholen, d. h. einen Entwicklungsweg, der mit relativ einfachen Wirtschafts- und Güterstrukturen einsetzt und Schritt für Schritt ein »upgrading« durchläuft, oder wird das westliche Europa (EWR) das Zentrum, das östliche Europa die Peripherie sein? Wenn im östlichen Europa (in Ostmitteleuropa sicher eher als im östlichen Europa jenseits Ostmitteleuropas) eine »Peripherisierung« vermieden werden kann, besteht die Chance seiner allmählichen Integration in den Club der hochindustrialisierten westeuropäischen Gesellschaften und Ökonomien, wobei, nach aller Erfahrung zu urteilen, aus der Tatsache, daß Osteuropa zu einem markanten Konkurrenten für Westeuropa würde, eher integrierende als desintegrierende Folgen zu erwarten wären.

Als förderliche Voraussetzung für die Herausbildung einer Friedensstruktur ist also nicht die Quantität, sondern das qualitative »upgrading« von Bedeutung. Da aber »upgrading« einem langwierigen Vorgang zum Abbau von Asymmetrie gleichkommt, ist für den Übergang ein weiterer Punkt von essentieller Bedeutung:

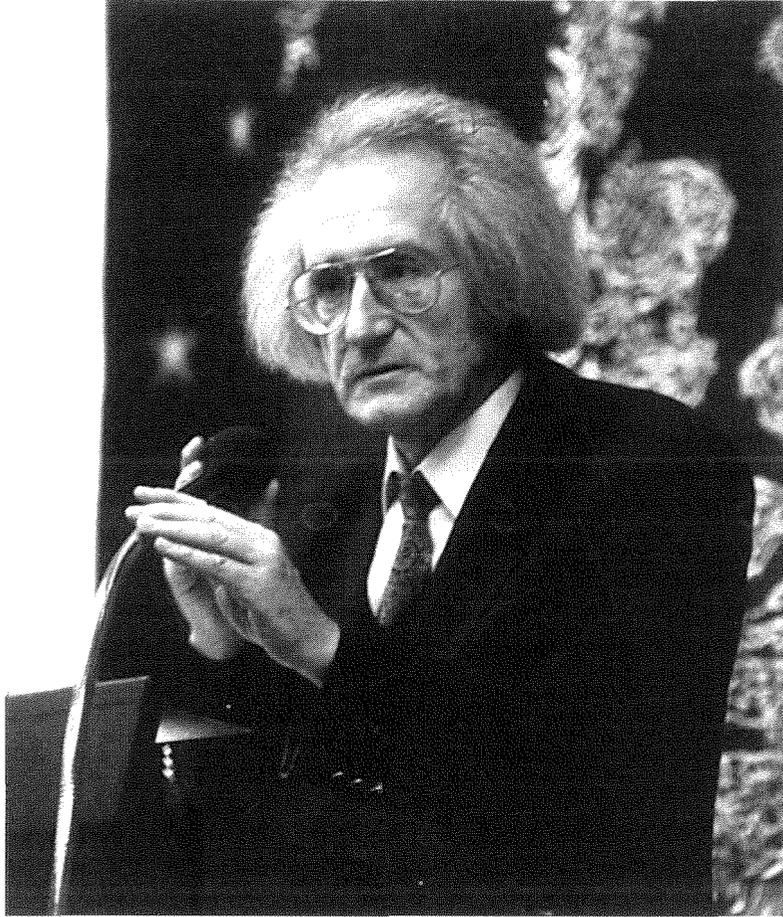
3. *»responsiveness«*, d. h. die Aufgeschlossenheit stärkerer Partner für die Belange anderer, insbesondere die Bereitschaft, auf die Nöte von Schwächeren einzugehen. »Responsiveness« ist das Gegenteil von Macht-, Kompetenz-, Wirtschafts- und Kulturarroganz und der sie kennzeichnenden Insensibilitäten. Was Mangel an »responsiveness« oder an Empathie bedeutet, wird ausführlich im innerdeutschen Kontext diskutiert und kann von dort aus ohne Schwierigkeit auf die gesamteuropäische Szene übertragen werden.

Nach aller Erfahrung stellt sich »responsiveness« als Einstellung leichter ein, wenn ökonomische Substanz verfügbar ist. Deshalb ist für einen Vergemeinschaftungsprozeß ein vierter Sachverhalt von großer Bedeutung:

4. *Akzentuiertes Wachstum und die Erwartung von gemeinsamen Vorteilen:* Der Sachverhalt ist banal: Wenn der Kuchen wächst, kann mehr verteilt werden, können auch mehr Transferleistungen getätigt werden, und dem Lastesel fällt es leichter, eine solche Rolle zu übernehmen, zumal, wenn die Nutznießer der Transferleistungen in absehbarer Zeit »nützlich« werden und die einseitigen Transferleistungen allmählich von Strukturen gemeinsamen Vorteils (»joint rewards«) abgelöst werden, die Positionen des Lastesels einerseits und der Nutznießer andererseits also nicht auf Dauer rollenmäßig fixiert bleiben.

Mehr ökonomische Substanz bedeutet auch mehr Chancen für Problemlösungsfähigkeit. Und das ist der fünfte Punkt:

5. *Steigerung von Problemlösungsfähigkeit:* Solche Fähigkeiten sind natürlich nicht nur in ökonomischen Sachverhalten begründet, sondern auch in politisch-administrativen; und sie sind in allen relevanten Politikfeldern von Bedeutung. Die diesen Punkt



Prof. Senghaas während seiner Ausführungen im Ratssitzungssaal des Rathauses

begründende Philosophie ist unmittelbar einsichtig: Wenn zusammenwachsende politische Gemeinschaften sich als fähig erweisen, gemeinsam wahrgenommene Probleme gemeinsam zu lösen, entfalten sich neue Loyalitäten gegenüber solchen Institutionen der Problemlösung, die zu verlässlichen Agenturen der Koordination politischen Handelns werden. Wo Unfähigkeit sich herausstellt, wie das derzeit beispielsweise im westeuropäischen Kontext oder auf der Ebene der KSZE hinsichtlich friedlicher Streitbeilegung und kollektiver Sicherheit der Fall ist, verlieren alte oder neue Institutionen an Respekt, und es stellt sich, wenn man ein historisches Beispiel bemühen soll, das »Abessinien-Syndrom« ein: erinnernd daran, daß das faschistische Italien den Völkerbund laufend so vorführte, wie es in den vergangenen Jahren Serbien vergleichbar gegenüber der KSZE, der EG, der NATO und der UNO getan hat.

6. *Kerngebiete mit Zugferd-Funktion*: Wo eine Vielzahl von kollektiven Akteuren sich in Wahrnehmung und Verhalten auf einen gemeinsamen Nenner zubewegen will (oder soll), bedarf es nach aller Erfahrung bestimmter Aktionspole mit Ausstrahlungskraft. Die theoretische Diskussion spricht in diesem Zusammenhang von »core areas«. Politische Führung ist also gefragt, weil ohne Führung Drift-Prozesse obsiegen können. Natürlich trägt politische Führung, auf Dauer von einem einzelnen Akteur oder von wenigen übernommen, die Gefahr einer hegemonialen Zentrumsbildung bzw. der Herausbildung eines oligopolistischen Konzerts in sich. Deshalb hat sich in historischer Erfahrung ein weiterer Faktor als wichtig herausgestellt:

7. *Rollenwechsel*: In einer größeren Gemeinschaft ist es wichtig, daß nicht immer der gleiche Akteur die gleiche Rolle übernimmt, daß es vielmehr einen Wechsel von Rollen gibt, die einzelne Akteure bzw. politische Einheiten gruppenweise spielen: einmal Teil der Mehrheit, ein anderes Mal Teil der Minderheit zu sein, ohne rigid-fixierten Rollenzuschreibungen zu folgen. Also Rollenrotation. Solcher Rollenwechsel bringt Flexibilität in eine sich herausbildende politische Gemeinschaft, und sie erzeugt politische Manövriermasse für die im politischen Bereich unerläßlichen bargaining-Prozesse. Ähnliche Erfahrungen sind auch im Hinblick auf den achten Punkt festzuhalten:
8. *Erweiterung der Eliten im Sinne der Chance für Aufwärtsmobilität*: Offensichtlich muß eine sich herausbildende politische Gemeinschaft erhebliche Kooptationsräume schaffen, in die neue und junge Eliten hineinwachsen können, so wie eine grenzüberschreitende Mobilität der Bürger für den Zusammenhalt eines solchen Gebildes von Bedeutung ist. Also an Stelle von Abkapselung: Öffnung und Aufwärtsmobilität. Das garantiert und erhöht Lebenschancen und schafft auf gesellschaftlicher Ebene Loyalität. Das verweist auf einen neunten Punkt:
9. *Chancen eines neuen/alternativen Lebensstils*: Mit ihm übersetzt sich eine neu sich herausbildende politische Gemeinschaft in Alltagserfahrung. Die neue Umwelt wird zu einem selbstverständlichen Teil von Sozialisationsprozessen, und es macht einen deutlichen Unterschied, ob man Teil einer sich herausbildenden Gemeinschaft ist oder außerhalb von ihr steht. Die derzeitige Diskussion in der östlichen Hälfte Europas, von den Entwicklungen auf gesamteuropäischer Ebene nicht abgekoppelt zu werden, an ihnen teil zu haben und in ihren Sog zu geraten, weist darauf hin, daß innerhalb oder außerhalb dieses Prozesses der Vergemeinschaftung zu leben einen erheblichen Unterschied für das Leben des einzelnen macht. Eine solche Wahrnehmung ist auf affektivemotionaler Ebene wie ein Lackmus-Test der Gemeinschaftsbildung.
10. *Voraussagbarkeit der Motive und des Verhaltens (Erwartungsstabilität)*: Zu den chronischen Problemen der Staatenanarchie gehört die Ungewißheit und Unsicherheit im Hinblick auf das Verhalten der anderen Seite, die mit der eigenen Seite dasselbe Problem hat. Das Sicherheitsdilemma ist deshalb ein Kernsyndrom der Staatenanarchie. Erwartungsstabilität oder Erwartungsverläßlichkeit ist das Fazit des Kontrastprogrammes zur Staatenanarchie, nämlich der politischen Gemeinschaftsbildung. Das heißt nicht, daß in solchem Umfeld nicht Interessen- und andere Konflikte massiv vorhanden sind, aber sie übersetzen sich nicht in autistisch-eskalatorische Konfliktstrukturen. Das ist der Unterschied, und es ist ein Unterschied ums Ganze, insbesondere im Hinblick auf die Gewaltanfälligkeit von Konfliktbezügen, die als Ergebnis von Vergemeinschaftungsprozessen praktisch eliminiert würde.

Das friedenspolitische Komplexprogramm II gleicht also einem komplexen kollektiven Lernprozeß mit normativen, institutionellen, materiellen und emotionalen Dimensionen solcher Gemeinschaftsbildung. Es ist ein friedenspolitisches Aufbereitungsprogramm. Wo Gemeinschaftsbildung sich erfolgreich aufbaut, könnte die Chance für die Entwicklung einer stabilen Friedensstruktur im Sinne des friedenspolitischen Komplexprogramms I gegeben sein. Man sieht an den zehn formulierten (durch empirische Betrachtungen abgesicherten) Punkten, wie voraussetzungsvoll ein solcher Prozeß ist (Senghaas 1992).

Jedoch wurde in der vorangehenden Darlegung ein Kernproblem noch gar nicht angesprochen. Dieses 10-Punkte-Programm setzt handlungsfähige Akteure im Sinne von Staaten und Gesellschaften voraus. Und eine solche Voraussetzung ist auch dann erforderlich, wenn die Gemeinschaftsbildung nur eine begrenzte sein sollte: wenn also das

Ergebnis des Vergemeinschaftungsprozesses nicht, wie es in der Sprache der Theorie heißt, eine amalgamiert-integrierte neue politische Einheit sein soll (so wie aus den englischen Kolonien in Nordamerika einst die USA erwachsen sind), sondern nur eine begrenzte konföderative oder pluralistische Sicherheitsgemeinschaft (Deutsch u. a. 1957). Historisch-vergleichende Forschung hat gezeigt, daß man eine solche in ihrer Reichweite begrenzte Gemeinschaft erreichen kann, wenn sich wenigstens drei der vorgenannten 10 Faktoren bündeln: die Vereinbarkeit in den Grundwerten, die Voraussagbarkeit der Motive und des Verhaltens und die Fähigkeit, auf die Belange der Partner (»responsiveness«) einzugehen. Aber selbst in diesem begrenzteren Fall, der für Gemeinschaftsbildungen auf internationaler Ebene der repräsentativere sein wird, sind vorgängig *leidlich konsolidierte politische Akteure* erforderlich. Unter den Vorzeichen von Führungsschwäche und Unregierbarkeit ist es unwahrscheinlich, daß selbst begrenztere Vorhaben, wie dasjenige einer pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft, erfolgreich sein können.

Handlungsfähigkeit der betroffenen kollektiven Akteure ist also in gewisser Hinsicht eine stillschweigende Metavoraussetzung für Vergemeinschaftungsprozesse, höchst problematisch unter den Voraussetzungen eines nicht nur in Europa, sondern weltweit beobachtbaren Trends zur Fundamentalpolitisierung, die darin besteht, daß alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sich als politische und alle politischen sich als gesellschaftliche Auseinandersetzungen darstellen, sozial mobile Gesellschaften sich hinsichtlich von Interessen, Identitäten, aber auch von Leidenschaften politisieren und damit die innere Koexistenzproblematik akzentuiert wird, überdies sich das Problem von Regierbarkeit stellt (Senghaas 1993).

Im westlichen Teil Europas sind die genannten Probleme, wenn man sie aus einer europaweiten oder sogar einer weltweiten Perspektive betrachtet, nur milde akut. In der östlichen Hälfte sind sie (wie in weiten Teilen der übrigen Welt) von dramatischer Virulenz, weshalb auf ein drittes friedentheoretisches Angebot aus der Wissenschaft zurückzugreifen ist.

2.3. Friedenspolitisches Komplexprogramm III

Dieses dritte Komplexprogramm bezieht sich auf die Konsolidierung von Gesellschaften hinsichtlich ihrer politischen Ordnung, die oft vor dem Zusammenbruch steht, vielleicht auch nur leidlich überlebt und bestenfalls in einem (neuen) Aufbauprozeß sich befindet. Worum es geht, ist (nicht unähnlich zur ordnungspolitischen Problematik beim Beginn der Neuzeit): nämlich eine innere Friedensformel zu finden, um mit deren Hilfe die »hobbesianische Situation«, also einen politischen Zustand, in dem Bürgerkriege drohen oder ausbrechen, einer friedenszutraglichen Lösung zuzuführen. Allerdings ist der Unterschied zum Beginn der Neuzeit der, daß die hobbesianische Lösung, nämlich der Leviathan pur und simpel, nicht mehr zureichend ist. Die hobbesianische Formel, das Gewaltmonopol, ist immer noch eine Teilantwort, allerdings nur eine von sechsen, die überdies innerhalb der sechs qualitativ umfunktioniert wird; und in diesen sechsen, dem »zivilisatorischen Hexagon« (Senghaas 1994a, 20ff.), besteht das dritte friedenspolitische Komplexprogramm.

1. Ohne *Gewaltmonopol* ist eine Zivilisierung öffentlicher Konflikte nicht möglich, aber gleichermaßen gilt:
2. ohne *rechtsstaatliche Kontrolle des Gewaltmonopols* ist das Gewaltmonopol selbst nicht erträglich. Aus Gewaltmonopol und rechtsstaatlicher Kontrolle erwächst der Verfassungsstaat.

3. Hilfreich für die Konsolidierung potentiell konflikt- und gewaltträchtiger Gesellschaften ist die Herausbildung eines *arbeitsteilig-differenzierten Sozialkörpers*, insbesondere einer entsprechend arbeitsteiligen Ökonomie, die den »homo sociologicus« hervorbringen hilft, also einen in differenzierte Interdependenzstrukturen eingebundenen, nur mit erheblicher *Affektkontrolle* überlebensfähigen mehrfachen Rollenspieler.
4. Die Transformation traditionaler Gesellschaften in sozial mobile bedeutet einen erheblichen Umbauprozess mit der Folge der Herausbildung neuer, nach Schichten und Klassen differenzierter, je spezifischer Interessen und Identitäten. Dieser Emanzipationsprozess macht mittel- und langfristig Demokratisierungsschübe bzw. *Demokratisierung* unabweisbar, mit Zeitverzug auch
5. die Auseinandersetzung um *Verteilungsgerechtigkeit*, zumal in solchen sich modernisierenden Gesellschaften eher Ungleichheit als Gleichheit das natürliche Ergebnis von Wettbewerbswirtschaft ist.
6. Wenn alles gut geht, entsteht aus solchen vorgängigen Entwicklungen eine *politische Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung*, die sich in entsprechenden Tiefenbindungen – »Ligaturen« – sedimentiert.

Das »zivilisatorische Hexagon« ist, abgekürzt formuliert, ein Komplexprogramm für inneren Frieden: »rendre la paix *interne* perpétuelle« – ein Projekt, das in der Westhälfte Europas spätestens in etwa zu Beginn des 13. Jahrhunderts mit dem Kampf um die Magna Charta beginnt.

In diesem Westeuropa hat dieses Komplexprogramm eine jahrhundertelange Aufbauphase durchlaufen, und es gab immer nur vorläufige Ergebnisse: Das Hexagon war erosionsanfällig und einbruchsgefährdet, und zwar von allen sechs Komponenten her. Man hat den Eindruck, daß im westlichen Teil Europas dieses Gebilde erst nach 1950 eine gewisse Stabilität angenommen hat; zumindest scheint es derzeit weniger einbruchsgefährdet zu sein als noch in den Jahrzehnten davor.

Nun ist oft zu hören, daß dieses Komplexprogramm, westlich geprägt und durchtränkt, auf die östliche Hälfte Europas nicht mit Erfolg übertragbar sei, und daß, falls es übertragbar wäre, die Zeit hierfür nicht vorhanden sei. Diese auf das östliche Europa bezogene Aussage wird aber durch jüngste ostasiatische Erfahrungen dementiert. Insbesondere in den ostasiatischen Schwellenländern Korea und Taiwan zeigt sich, daß ein diktatoriales Gewaltmonopol in Kombination mit einer sich aufbauenden effizienten Ökonomie unabweisable Demokratisierungsprozesse provoziert, die ihrerseits über heftige politische Konflikte zur Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit und damit zur Domestizierung des Gewaltmonopols führen. Knappheit auf den Arbeitsmärkten und Demokratisierung bringen die Verteilungsgerechtigkeit politisch ins Spiel; der erfolgreiche Entwicklungsweg drängt konfuzianisch-konfliktscheue Kulturen in Richtung auf die Herausbildung von politischen Kulturen mit neu entstehendem Sinn für offene Konflikte und deren offene Bearbeitung.

Die ostasiatische Erfahrung muß sich natürlich nicht in der östlichen Hälfte Europas wiederholen, aber das prinzipielle Argument, die westeuropäische Erfahrung sei nicht wiederholbar, wird durch Ostasien überdeutlich dementiert – und dies eben nicht nur hinsichtlich entsprechender Konkurrenzfähigkeit von Technologien und Gütern, sondern auch hinsichtlich gesellschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse.

3. Ausblick

Friedenspolitische Komplexprogramme gleichen, theoretisch nicht anders denkbar, Vorstellungen über das Optimum. Das Optimum in Europa heute wäre ein Aufbau- und Konsolidierungsprogramm hinsichtlich fragiler gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Ordnungen in der östlichen Hälfte Europas im Sinne des zivilisatorischen Hexagon; darauf aufbauend gliche das Optimum einem Szenario im Sinne der tendenziellen Herausbildung der zehn Voraussetzungen, die einer politischen Gemeinschaftsbildung jenseits einzelner Akteure zuträglich wären; und durch die flächendeckende Gleichläufigkeit des Vorgangs würde sich schließlich ein solches Szenario in eine stabile Friedensstruktur mit den aufgezeigten fünf Dimensionen übersetzen.

Nichts kann einen hindern, im Lichte des theoretisch definierbaren Optimums auch über das praktisch realisierbare zureichende Minimum nachzudenken. Doch die Wissenschaft sollte sich nicht zu frühzeitig mit dem Minimum begnügen; das Optimum bei der Konzipierung eines Friedensprojektes muß so etwas wie eine regulative Idee bleiben.

4. »Responsiveness« – der Sinn für die Belange der Schwächeren ist jetzt gefragt

Was kann dieses westliche Europa *hic et nunc* vor allem tun, um dem östlichen Europa in seinen Um- und Aufbauprozessen hilfreich zu sein?

Die folgenden Vorhaben scheinen von unmittelbarer Dringlichkeit zu sein (s. auch Senghaas 1992):

1. *Abwehr der »kleinen Gewalt«*: Was für das gesamte Europa Ausdruck einer »kleinen Gewalt« ist – Minderheitenkonflikte, Sezessionskämpfe, lokal begrenzte Bürgerkriege usw. – ist für die Betroffenen vor Ort oft einem totalen Krieg vergleichbar. Deshalb sind alle Maßnahmen, die diese Gewalt eindämmen und abwehren und die die konstruktiven Lösungen für ethno-politische Konflikte aufbereiten und anregen, von Wichtigkeit. Zu denken ist an Frühwarnung, vorbeugende Diplomatie, an vertrauensbildende Maßnahmen und Instrumentarien der friedlichen Streitbeilegung, ergänzend aber auch und vor allem an eine Minderheitencharta und entsprechende Instrumentarien (sei es des Europarates und/oder der KSZE) für Beschwerden, für *fact finding*, für Mediation, woraus zuträgliche kollektive Lernprozesse erwachsen können. Zu lernen ist dabei vor allem auch, daß in einem zusammenwachsenden Europa die Einmischung in innere Angelegenheiten ein legitimes Unternehmen ist.

Hier gibt es, aus historischen Erfahrungen, aber auch aus jenen der jüngsten Zeit, Konsequenzen zu ziehen: Konfliktparteien sind in aller Regel *nicht* imstande, ethno-politische Konflikte in angemessener Zeit konstruktiv zu bearbeiten, und da die Toleranz für Zeitverzug in der Konfliktbearbeitung schwindet, ist höchste Dringlichkeit für dritte Parteien geboten.

2. *Abwehr der »großen Gewalt«*: Dies ist jene Gewalt, die ein Nichtstun, ein Entweichen vor der Verantwortung bei den nicht unmittelbar Betroffenen nicht mehr erlauben würde. Man muß nicht an einen Krieg denken, in den Europa insgesamt und vom ersten Augenblick an verwickelt würde. Aber ein Konflikt beispielsweise zwischen Rußland und der Ukraine könnte solche Folgewirkungen haben. Zu seiner Verhinderung sind vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Instrumentarien auf weltweiter Ebene vorgelegt worden, die auch in den regionalen Kontext übersetzt werden

können: »Agenda für den Frieden«. Wiederum geht es, wie bei der »kleinen Gewalt«, um Frühwarnung, Konfliktprophylaxe, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, friedliche Streitbeilegung, aber auch um kollektive Sicherheit hinsichtlich von Zwangsmaßnahmen. Sie aber sind nicht zu denken ohne eine Kasuistik legitimer Intervention.

Im Grunde genommen gibt es beispielsweise im Kontext der KSZE schon alle institutionellen Vorkehrungen für eine konstruktive Auseinandersetzung mit entsprechenden Eventualfällen, so eine Reihe von sog. Dringlichkeitsmechanismen. Aber was immer noch fehlt, nicht anders als zu Zeiten der großen Friedenspläne des ausgehenden Mittelalters und der Neuzeit, in denen *in nuce* Ansätze kollektiver Sicherheit vorgesehen waren, ist der politische Wille der politischen Akteure, norm- und regelgerecht zu handeln, d. h. Vereinbarungen und Abkommen wirklich in politisches Handeln zu übersetzen (s. auch Schlotter u. a. 1994).

3. *Sanierungshilfe*: Auch im Verhältnis zu Osteuropa gilt, daß Hilfe eine Hilfe zur Selbsthilfe sein muß, aber man sollte durchaus erkennen, daß solche Hilfe auch aus wohlverstandenen Eigennutz getätigt werden sollte. Denn für das westliche Europa ist ein östliches Europa im Sinne eines armen Hinterhofes wirtschaftlich ganz uninteressant und voller problematischer Konsequenzen. Nur ein sich konsolidierendes und wettbewerbsfähiges Osteuropa wäre ein interessanter Wirtschaftspartner. Es würde dadurch die OECD-Erfahrung auf Osteuropa erweitert. Denn kompetente Ökonomien tätigen Geschäfte vor allem untereinander, interessanterweise gerade weil sie untereinander die stärksten Konkurrenten sind. Die Voraussetzungen dafür sind: politische Stabilität, Rechtssicherheit, gute Infrastruktur, gut ausgebildete Menschen, Erfindergeist und potente Binnenmärkte, die bekanntlich nicht in Niedriglohnländern, sondern in Hochlohnländern existieren.

Ein halbes Prozent des Bruttosozialprodukts der OECD, das wären 100 Milliarden DM pro Jahr, in die östliche Hälfte Europas transferiert und dieses verlässlich zehn Jahre lang (also insgesamt 1.000 Milliarden DM) würde sich mehrfach bezahlt machen. Und ein solcher Transfer hätte mit einer Zehn-Jahres-Perspektive eine weit über die Kapitalsumme hinausgehende politisch-psychologische Bedeutung für diejenigen, die »nach Europa zurückkehren« wollen. Die politische Konditionierung solchen Transfers im Sinne von Junktims zwischen Transferzahlungen und der Durchführung von vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen, des Schutzes von Menschenrechten und insbesondere von Minderheiten hätte dann auch eine andere Legitimität als entsprechende Forderungen ohne Transferleistungen.

4. *Der Schutz der Freiheit*: Aus den Übergangsprozessen vom faschistischen in das demokratische Spanien und Portugal ist zu lernen, daß Aufbauhilfen hinsichtlich des demokratischen Verfassungsstaates besonders wichtig sind. Die Machtlagen in Umbruch- und Umbauprozessen sind nie eindeutig geklärt, schon gar nicht zugunsten der demokratischen Kräfte, und deshalb macht es oft einen Unterschied ums Ganze, ob flankierende Hilfestellung von außen im Sinne von Rückversicherungen für interne Vorgänge »abrufbar« sind. Die inzwischen historischen Vorgänge der 70er und 80er Jahre zeigen auch, wie wichtig eine frühzeitige Einbindung solcher Vorgänge in europäische Institutionen ist, denn solche Institutionen dienen den Demokraten als Rückversicherung.

Ein solches Dringlichkeitsprogramm muß Perspektive haben, ansonsten wird es tagespolitisch versumpfen. Theorie im Sinne der friedenspolitischen Komplexprogramme wird dabei in einer Lage noch nicht strukturell verbauter, also offener Möglichkeiten zu einem Inbegriff von Praxis.

Literatur

- Kenneth Boulding. *Stable Peace*. Austin: University of Texas Press, 1978.
- Karl W. Deutsch. »Macht und Kommunikation in der internationalen Gesellschaft«. Wolfgang Zapf (Hg.). *Theorien des sozialen Wandels*. Meisenheim: Hain, 1979, 471-483.
- Karl W. Deutsch u. a. *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*. Princeton: Princeton University Press, 1957.
- Tilman Evers. »Supranationale Staatlichkeit am Beispiel der Europäischen Union. Civitas civitatum oder Monstrum?« *Leviathan* 22 (1994), 1, 115-134.
- Johan Galtung. »Europa – bipolar, bizentrisch oder kooperativ?« Johan Galtung, Dieter Senghaas (Hg.). *Kann Europa abrüsten?* München: Hanser, 1973, 9-61.
- Johan Galtung. *Entropy and the General Theory of Peace*. (Essays in Peace Research, Vol. 1). Kopenhagen: Ejlers, 1975, 47-75.
- Peter Schlotter, Norbert Ropers, Berthold Meyer. *Die neue KSZE. Zukunftsperspektiven einer regionalen Friedensstrategie*. Opladen: Leske & Buderich, 1994.
- Dieter Senghaas. *Friedensprojekt Europa*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1992.
- Dieter Senghaas. »Frieden und Krieg in dieser Zeit«. *Sicherheit und Frieden* Bd. 11, 1993, 159-165.
- Dieter Senghaas. *Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1994 (= 1994a).
- Dieter Senghaas. »Interdependenzen im internationalen System«. Gert Krell, Harald Müller (Hg.). *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*. Frankfurt/M.: Campus, 1994, 190-222 (= 1994b).
- Dieter Senghaas (Hg.). *Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1995.
- Lorenz von Stein. *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*. Bd. I. München 1921 (Neuausgabe).